



MORNING NEWS

20. April 2026

| INDEX | SCHLUSS | VERÄNDERUNG net | % | VORTAG | INDEX | SCHLUSS | VERÄNDERUNG net | % | VORTAG |
|-----------------|-----------|--------------------|-------|-----------|------------------|-----------|--------------------|-------|-----------|
| DAX | 24.702,24 | 547,77 | 2,27 | 24.154,47 | DJ 30 | 49.447,43 | 868,71 | 1,79 | 48.578,72 |
| MDAX | 31.952,10 | 1.013,75 | 3,28 | 30.938,35 | NASDAQ | 26.672,43 | 339,43 | 1,29 | 26.333,00 |
| TEC DAX | 3.726,23 | 94,41 | 2,60 | 3.631,82 | Nikkei 225 | 58.921,56 | 445,66 | 0,76 | 58.475,90 |
| Euro Stoxx50 | 6.057,71 | 124,43 | 2,10 | 5.933,28 | Hang Seng | 26.376,98 | 216,65 | 0,83 | 26.160,33 |
| Bund Future | 125,79 | -0,31 | -0,25 | 126,10 | Euro / US-\$ | 1,1759 | -0,00 | -0,05 | 1,1765 |
| Gold in US-\$ | 4.788,56 | -41,78 | -0,86 | 4.830,34 | Öl (Brent) US-\$ | 95,15 | 4,77 | 5,28 | 90,38 |
| Bitcoin / US-\$ | 74.591,54 | -73,64 | -0,10 | 74.665,18 | Ethereum / US-\$ | 2.283,75 | 2,65 | 0,12 | 2.281,11 |

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

| INDEX | INDIKATION | ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag) |
|---------------|------------|---|
| DAX | 24.396 | -306 |
| NASDAQ Future | 26.678,50 | -147,00 |

| AKTIE | PARITÄT € | VERÄNDERUNG € | % | SCHLUSSKURS XETRA in € | SCHLUSSKURS NYSE in \$ | VOLUMEN NYSE |
|----------|-----------|------------------|-------|---------------------------|---------------------------|-----------------|
| SAP AG | 154,11 | -2,13 | -0,01 | 156,24 | 181,22 | 6.647.902,00 |
| Nokia OJ | 8,77 | 0,11 | 0,01 | 8,66 | 10,31 | 48.836.274,00 |

Unternehmenstermine

| UNTERNEHMEN | RIC | ANLASS | ZEIT | SCHÄTZUNG |
|-------------------------|-----|---|------|-----------|
| DAX / MDAX | | Heute keine wichtigen Unternehmenstermine | | |
| Europäische Unternehmen | | Heute keine wichtigen Unternehmenstermine | | |

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

| LAND | INDIKATOR | MONAT | UHRZEIT | SCHÄTZUNG |
|------|---------------------|---------|---------|---------------|
| D | PPI (m/m) | März | 08:00 | 1,4% (-0,5%) |
| D | PPI (y/y) | März | 08:00 | -1,2% (-3,3%) |
| EWU | Bauproduktion (m/m) | Februar | 11:00 | n/a (-0,1%) |
| EWU | Bauproduktion (y/y) | Februar | 11:00 | n/a (-1,9%) |

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

| VOLUMEN | GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.) | US-STAATSANLEIHEN | VERÄNDERUNG | RENDITE (Yield) |
|----------------|-----------------------------|-------------------|-------------|-----------------|
| Volumen NYSE | 1,61 (1,27) | 10-jährige Bonds | +0,531 | 4,24% |
| Volumen NASDAQ | 10,13 (9,92) | 30-jährige Bonds | +0,766 | 4,88% |

()=Vortag

Die **Aussicht auf ein Ende des Krieges mit dem Iran** hat die US-Börsen am Freitag auf **neue Höchstwerte** getrieben. Der S&P-500-Index und die Technologiebörse Nasdaq erreichten jeweils den dritten Tag in Folge einen Höchststand zum Handelsschluss. Der Dow-Jones-Index verbuchte den höchsten Schlussstand seit Ende Februar. Anleger reagierten erfreut auf die Entscheidung der Regierung in Teheran, die Straße von Hormus für Handelsschiffe zu öffnen. Der iranische Außenminister Abbas Aragtschi erklärte auf der Plattform X, die Durchfahrt sei für den Rest der zehntägigen Waffenruhe zwischen israelischen Streitkräften und der Hisbollah-Miliz im Libanon "vollständig offen".

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump Gespräche zwischen Washington und Teheran für das Wochenende in Aussicht gestellt. Diese könnten bald zu einem Friedensabkommen führen. Die USA und Israel hatten am 28. Februar gemeinsame Angriffe auf den Iran gestartet. In dem Krieg kamen bislang Tausende Menschen ums Leben.

Die **Ölpreise brachen angesichts der Entspannung um mehr als elf Prozent ein**. Dies linderte die Sorgen der Investoren vor einer steigenden Inflation. Die Straße von Hormus ist ein zentraler Seeweg für den weltweiten Öltransport. "Die Sorge, dass das Öl die Welt in eine Rezession stürzt, nimmt ab", sagte Bob Doll, Chef des Vermögensverwalters Crossmark. Es gebe zwar noch kein unterzeichnetes Abkommen zwischen den USA und dem Iran. Die Entwicklung reiche jedoch aus, um die Märkte nach oben zu treiben. Der S&P 500 gewann 1,2 Prozent auf 7125 Punkte. Der Nasdaq stieg um 1,51 Prozent auf 24.466 Zähler. Der Dow Jones legte um 1,78 Prozent auf 49.442 Punkte zu. Die Entspannung am Ölmarkt linderte auch die Inflations- und Konjunktursorgen der Anleger. Die Erwartungen, dass die **US-Notenbank** Federal Reserve bei ihrer Dezember-Sitzung den **Zinssatz** um mindestens 25 Basispunkte senken wird, kletterten laut dem FedWatch Tool der CME auf rund 50 Prozent von zuvor rund 30 Prozent. Der **Dollar-Index**, der den Kurs zu anderen wichtigen Währungen widerspiegelt, fiel im Zuge dessen auf den tiefsten Stand seit Ende Februar. Die Preise für **Gold, Silber, Platin** und **Palladium** legten um knapp zwei bis fast sechs Prozent zu. Niedrigere Zinssätze wichtiger Notenbanken kurbeln die Nachfrage nach zinslosen Anlagen wie Gold & Co an.

Zu den größten Verlierern gehörten Energiewerte. Die Aktien von **Exxon Mobil** (minus 3,6 Prozent) und **Chevron** (minus 2,2 Prozent) gaben nach. Papiere von Kreuzfahrtanbietern wie **Carnival** (plus 1,9 Prozent) und **Norwegian Cruise Line** (plus 4,8 Prozent) sowie von Fluggesellschaften wie **United Airlines** (plus 7,1 Prozent) verbuchten dagegen deutliche Kursgewinne. Einige Analysten mahnten jedoch zur Vorsicht. Schiffsbetreiber sähen sich weiterhin mit astronomischen Versicherungsprämien, möglichen Minengefahren und Unsicherheiten bei der Durchsetzung der Öffnung konfrontiert, sagte Erik Bethel von der Investmentfirma Mare Liberum.

Abseits der Geopolitik sorgte **Netflix** für Aufsehen. Die Aktien des Streaming-Anbieters stürzten um 9,7 Prozent ab. Das Unternehmen hatte einen enttäuschenden Gewinnausblick für das laufende Quartal abgegeben. Zudem kündigte Mitgründer Reed Hastings nach 29 Jahren seinen Rückzug an. Papiere von **Alcoa** gaben ebenfalls um 6,8 Prozent nach. Der Aluminiumproduzent verfehlte mit seinem Gewinn und Umsatz im ersten Quartal die Erwartungen der Analysten.

US Unternehmen

Das **US-Außenministerium** hat den **Verkauf eines integrierten Kampfsystems** sowie der dazugehörigen Ausrüstung an **Deutschland** gebilligt. Der Auftrag habe ein geschätztes Volumen von 11,9 Milliarden Dollar (10,1 Milliarden Euro), teilte die Behörde am Freitag mit. Hauptauftragnehmer für das Projekt seien die Rüstungskonzerne **Lockheed Martin** und **RTX**, hieß es in der Erklärung weiter (Reuters).

Die **Benzinpreise** in den **USA** könnten der Regierung zufolge bis ins nächste Jahr über der Marke von drei Dollar je Gallone (etwa 0,67 Euro pro Liter) bleiben. Energieminister Chris Wright sagt dem Sender CNN allerdings, dass sie vermutlich ihren Höhepunkt erreicht hätten. Der Durchschnittspreis für eine Gallone Normalbenzin lag Schätzungen des US-Automobilclubs AAA zufolge am Sonntag bei 4,05 Dollar, gegenüber 3,16 Dollar vor einem Jahr (Reuters).

Die Alphabet-Tochter **Google** verhandelt einem Medienbericht zufolge mit **Marvell Technology** über die Entwicklung von zwei neuen Chips für einen effizienteren Betrieb von Modellen der Künstlichen Intelligenz (KI). Dabei handele es sich um einen Speicherprozessor zur Unterstützung von Googles Tensor Processing Units (TPUs) sowie um eine neue, speziell für KI-Anwendungen konzipierte TPU, berichtete das Technologieportal "*The Information*" am Sonntag unter Berufung auf zwei Insider.

Der Facebook-Mutterkonzern **Meta** plant Insidern zufolge am 20. Mai die erste große **Entlassungswelle** im laufenden Jahr. Dabei sollen rund **zehn Prozent der weltweiten Belegschaft** oder knapp 8000 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren, sagten drei mit den Plänen vertraute Personen der Nachrichtenagentur *Reuters*. In der zweiten Jahreshälfte

seien weitere Stellenstreichungen geplant, deren genauer Umfang noch nicht feststehe. Die Führungskräfte könnten ihre Pläne je nach den Fortschritten bei der Künstlichen Intelligenz (KI) noch anpassen.

Tesla weitet seinen **Robotaxi-Dienst** auf die texanischen Metropolen **Dallas** und **Houston** aus, wie der US-Elektroautobauer am Samstag auf der Kurznachrichtenplattform X mitteilte. In zwei Videos waren Model-Y-Fahrzeuge zu sehen, die ohne menschliche Fahrer oder Sicherheitspersonal auf den Vordersitzen unterwegs waren. Konzernchef Elon Musk bewarb den Start mit einem eigenen Beitrag auf X und rief dazu auf, den Dienst zu nutzen. Details zur Größe der Flotte oder zu den Preisen nannte Tesla zunächst nicht (Reuters).

Marktmeldungen

Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) schließt **weitere Schritte zur Entlastung der Bürger** angesichts des Iran-Kriegs und der Energiepreiskrise nicht aus. Klingbeil verwies auf das Entlastungspaket der Koalition und sagte: "Über alles Weitere werden wir in der Regierung beraten." Am Rande eines Kongresses sozialdemokratischer und sozialistische Parteien in Barcelona drückte Klingbeil zugleich die Hoffnung aus, "dass dieser Krieg nun zu einem Ende kommt und es auch keine weitere Verschärfung gibt" (dpa/AFX).

Bei der Eröffnung der Hannover-Messe haben sich **Bundeskanzler** Friedrich Merz und **Brasilien's Präsident** Luiz Inácio Lula da Silva für **engere Beziehungen** zwischen dem südamerikanischen Land und der EU ausgesprochen. Beide begrüßten, dass am 1. Mai das **Mercosur-EU-Freihandelsabkommen** in Kraft treten wird. Dies sei ein Signal, "dass wir an der multilateralen Ordnung festhalten, dass wir eine **regelbasierte Wirtschaftsordnung** wollen, dass wir diese Zusammenarbeit auch mit möglichst wenig, am besten keinen Zöllen wollen", sagte Merz am Sonntagabend. Lula pries Brasilien, das in diesem Jahr das Partnerland für die weltgrößte Industriemesse in Hannover ist, als verlässlichen und wichtigen Partner auch bei Rohstoffen (Reuters).

Bundeskanzler Friedrich Merz hat angekündigt, dass sich der **Nationale Sicherheitsrat** in Kürze mit der **Versorgungssicherheit** beschäftigen wird. "Für den Moment gilt: Die Marktlage ist angespannt, aber die Versorgung in Deutschland ist gesichert", sagte Merz am Sonntagabend zur Eröffnung der Hannover-Messe unter Hinweis auf die Folgen des Iran-Krieges. "Für den Fall, dass sich die Lage verschärfen sollte, sind wir auf Maßnahmen vorbereitet. Versorgungssicherheit hat für Deutschland höchste Priorität." (Reuters).

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) sieht weiter keine Gefahr eines Kerosinmangels in Deutschland. "Trotz geopolitischer Spannungen und Preissteigerungen bei Öl, Gas, Kraftstoffen und anderen Produkten ist die **physische Energieversorgung Deutschlands** aktuell gesichert", betonte die Sprecherin des Wirtschaftsministeriums (BMWE) gegenüber Reuters auf Anfrage am Samstag. Das Ministerium nehme die Sorgen der Luftfahrtbranche aber ernst, fügte sie hinzu. "Für Montag hat das BMWE gemeinsam mit dem Bundesverkehrsministerium alle Stakeholder - Versorger, Flughäfen, Airlines und Verbände - zu einem Gespräch eingeladen", sagte sie. Im "*Spiegel*" hatte **Finanzminister** Lars Klingbeil (SPD) Maßnahmen gefordert, um die Versorgung sicherzustellen. Das Wirtschaftsministerium erklärte, die Bundesregierung beobachte die Entwicklung genau, sei in engem und ständigem Austausch mit den Akteuren der Branche und handele zielgerichtet. "Die Versorgungslage in den jeweiligen internationalen Märkten ist unterschiedlich", sagte die Sprecherin mit Blick auf Warnungen aus anderen Ländern (Reuters).

Bundeskanzler Friedrich Merz strebt eine substanzielle **Lockerung der EU-Verordnung zur Künstlichen Intelligenz (KI)** an. "Ich werde mich dafür einsetzen, die europäische KI-Regulierung zu erleichtern und wenn möglich industrielle KI aus dem gegenwärtig zu engen Korsett der KI-Regulierung der Europäischen Union herauszulösen", sagte Merz am Sonntagabend in Hannover zur Eröffnung der Industriemesse mit mehr als 4000 Ausstellern. "So können wir es nicht machen", kritisierte er. Die EU-Kommission habe die KI-Verordnung vor vielen Jahren geplant, als die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von KI nicht absehbar gewesen seien. "KI wird zu mehr Effizienz und Produktivität, zu optimiertem

Ressourceneinsatz und vor allem zu reduzierten Kosten beitragen", sagte er. Sie werde "so die Wettbewerbsfähigkeit industrieller Produktion stärken" (Reuters).

Die **Schweizerische Nationalbank** (SNB) bleibt mit Blick auf die Krise im Nahen Osten zurückhaltend, was den **Konjunkturausblick für die Schweiz** angeht. Im laufenden Jahr rechnet SNB-Präsident Martin Schlegel mit einem gedämpften Wachstum, wie er der *SRF-"Tagesschau"* (Ausgabe 17.04.) in Washington sagte. 2027 rechnet er aber mit einer "gewissen Erholung".

Die **niederländische Regierung** setzt einem Medienbericht zufolge die **erste Stufe** ihres **Energiekrisenplans** in Kraft. Der 2022 infolge des russischen Einmarsches in die Ukraine ausgearbeitete Plan wird damit zum ersten Mal aktiviert, meldet die Nachrichtenagentur *ANP* unter Berufung auf Regierungskreise. Dieser Schritt, dass die Kraftstoffmärkte gestört sind, ohne dass unmittelbare Engpässe bestehen. Die Energiemärkte werden nun streng überwacht, während sich Regierung und Wirtschaft auf eine Verschlechterung der Lage vorbereiten. Eine Stellungnahme der Regierung liegt zunächst nicht vor. Ministerpräsident Rob Jetten kündigte am Freitag an, am Montag Maßnahmen zur Abfederung der steigenden Energiekosten vorzustellen (Reuters).

Bei der vorgezogenen **Parlamentswahl** in **Bulgarien** zeichnet sich nach Hochrechnungen eine überwältigende Mehrheit für die Wahlallianz von Ex-Staatschef Rumen Radew ab. Wie aus Angaben mehrerer Meinungsforschungsinstitute hervorgeht, kommt das Bündnis Progressives Bulgarien (PB) des als russlandfreundlich geltenden Ex-Generals auf bis zu 45 Prozent der Stimmen. Dies würde den Angaben zufolge bedeuten, dass sein Bündnis mit bis zu 140 Abgeordneten in dem 240 Sitze umfassenden Parlament über die absolute Mehrheit verfügen würde. Das amtliche Endergebnis wird bis Donnerstag erwartet (dpa/AFX).

Europäische Staaten befürchten Insidern zufolge, dass ein **unerfahrenes US-Verhandlungsteam** auf ein schnelles, öffentlichkeitswirksames **Rahmenabkommen** mit dem **Iran** drängt. Denn dies könnte tiefer liegende Probleme eher zementieren als lösen, verlautete aus Kreisen von Diplomaten mit Erfahrung in den Verhandlungen mit Teheran. Die Sorge sei, dass Washington auf der Suche nach einem diplomatischen Erfolg für Präsident Donald Trump ein oberflächliches Abkommen über das iranische Atomprogramm und die Aufhebung von Sanktionen abschließen könnte. Danach drohten monate- oder jahrelange, technisch komplexe Folgeverhandlungen (Reuters).

Die **Straße von Hormus** ist seit dem Wochenende erneut dicht: Der Iran übernahm wieder die Kontrolle über die für die weltweite Energieversorgung strategisch wichtige Wasserstraße, nur wenige Tage vor dem Auslaufen einer fragilen Waffenruhe mit den USA am Dienstag. Die **iranische Marine** habe mehrere Schiffe über Funk am Samstag darüber informiert, dass keine Durchfahrt mehr erlaubt sei, hieß es in Schifffahrtskreisen. Mindestens zwei Handelsschiffe meldeten demnach zudem, dass sie beim Versuch der Durchquerung unter Beschuss geraten seien. Sie seien daraufhin umgekehrt. In einer auf dem Telegram-Onlinekanal von Irans religiösem und politischem Oberhaupt Ajatollah Modschtaba Chamenei verbreiteten Botschaft hieß es, die iranische Marine stehe bereit, ihren Feinden "neue bittere Niederlagen" zuzufügen (Reuters).

Der **Iran** hat eine **geplante neue Runde von Friedensgesprächen mit den USA abgesagt**. Dies meldete die staatliche iranische Nachrichtenagentur Irna am Sonntag, wenige Stunden nachdem US-Präsident Donald Trump die Entsendung von Unterhändlern nach Pakistan angekündigt hatte. "Der Iran begründete sein Fernbleiben von der zweiten Gesprächsrunde mit den überzogenen Forderungen Washingtons, unrealistischen Erwartungen, ständigen Kurswechseln, widersprüchlichen Aussagen und der anhaltenden Seeblockade, die er als Bruch des Waffenstillstands betrachtet", meldete IRNA. Trump hatte mit einem Angriff auf den Iran gedroht, sollte die Regierung in Teheran seine Bedingungen nicht akzeptieren. Die US-Delegation sollte am Montagabend in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad eintreffen, einen Tag vor Ablauf einer zweiwöchigen Feuerpause. Pakistan fungiert in dem Konflikt als zentraler Vermittler. Der pakistanische Ministerpräsident Shehbaz Sharif telefonierte am Sonntag mit dem iranischen Präsidenten Massud Peseschkian. In einer pakistanischen Mitteilung zu dem Gespräch blieb die Absage der Verhandlungen unerwähnt (Reuters).



Der **Iran** wirft den **USA** die **Verletzung der Waffenruhe** durch den **Beschuss eines iranischen Handelsschiffes** im Golf von Oman vor. Das oberste gemeinsame Militärkommando kündigt Vergeltung für die "Piraterie" an, wie staatliche Medien berichten. Das Schiff sei auf dem Weg von China in den Iran gewesen. Nach dem US-Angriff hätten iranische Streitkräfte einige amerikanische Kriegsschiffe mit Drohnen attackiert (Reuters).

Der **Iran** erneuert und ergänzt nach eigenen Angaben seine **Raketen- und Drohnen-Abschussanlagen** schneller als vor dem Krieg mit den USA und Israel. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Nournews unter Berufung auf den Chef der Luftstreitkräfte der Revolutionsgarden, Madschid Mussawi. Die Äußerungen werden zusammen mit einem Video veröffentlicht, das ihn bei der Inspektion einer unterirdischen Raketenanlage zeigen soll. Die Nachrichtenagentur *Reuters* konnte die Angaben nicht unabhängig überprüfen.

Europa muss nach Darstellung des **ukrainischen Präsidenten** Wolodymyr Selenskyj ein **eigenes Abwehrsystem gegen ballistische Raketen** aufbauen. Die Ukraine führe bereits Gespräche mit mehreren Staaten über dessen Entwicklung, sagte Selenskyj am Sonntag im Fernsehen. "Wir müssen innerhalb eines Jahres unser eigenes System zur Abwehr ballistischer Raketen aufbauen", erklärte er. Dies sei eine extrem schwierige, jedoch realistische Aufgabe. Er habe das Vorhaben bereits mit wichtigen europäischen Ländern besprochen, ohne diese namentlich zu nennen (Reuters).

Bei einem **ukrainischen Drohnenangriff** auf den russischen Schwarzmeerhafen **Tuapse** wird nach Behördenangaben ein Mensch getötet und ein weiterer verletzt. Dies teilt der Gouverneur der Region, Weniamin Kondratjew, mit. Der Hafen stehe in Flammen. Trümmerteile von Drohnen beschädigten zudem mehrere Gebäude, darunter einen Kindergarten und ein Wohnhaus (Reuters).

Bei einem **Schusswaffenangriff in Kiew** hat ein Mann am Samstag sechs Menschen getötet und 14 verletzt, bevor er von der Polizei erschossen wurde. Die Behörden ermitteln nach eigenen Angaben wegen eines Terrorakts. Der Täter habe im Stadtteil Holossijiwskyj zunächst auf der Straße das Feuer eröffnet und vier Passanten getötet, sagte Präsident Wolodymyr Selenskyj. Unter den Verletzten sei auch ein zwölfjähriger Junge. Eine Frau sei später im Krankenhaus gestorben. Anschließend habe sich der Mann in einem Supermarkt verschanzt und Geiseln genommen, von denen eine getötet worden sei. Spezialkräfte der Polizei stürmten das Gebäude, nachdem Unterhändler 40 Minuten lang vergeblich versucht hatten, den Täter zur Aufgabe zu bewegen, erklärte Innenminister Ihor Klymenko. Beim Zugriff habe der Mann auf einen Polizisten geschossen und sei daraufhin getötet worden. Bei dem Schützen handelte es sich dem Generalstaatsanwalt Ruslan Krawtschenko zufolge um einen 58-Jährigen, der in Moskau geboren wurde (Reuters).

Die **israelische Armee** veröffentlicht erstmals eine Karte ihrer neuen **Stationierungslinie im Libanon**. Innerhalb dieses Gebiets kontrolliert das Militär demnach Dutzende größtenteils verlassene Dörfer. Die Linie reicht fünf bis zehn Kilometer tief in libanesisches Gebiet hinein, wo Israel eine Pufferzone zum Schutz von Ortschaften in Nordisrael einrichten will. Fünf Divisionen und die Marine seien im Einsatz, um Einrichtungen der Hisbollah-Miliz zu zerstören, teilt das Militär mit (Reuters).

Nordkorea hat am Sonntag nach Angaben Südkoreas und Japans mehrere **ballistische Raketen** ins Meer vor seiner Ostküste abgefeuert. Die Raketen seien gegen 06.10 Uhr (Ortszeit) in der Nähe der Stadt Sinpo an der Ostküste Nordkoreas gestartet worden, teilte das südkoreanische Militär mit. Die Geschosse seien vermutlich nahe der Ostküste der koreanischen Halbinsel im Meer gelandet, teilte die japanische Regierung mit. Es sei nicht bestätigt worden, dass die Geschosse in die ausschließliche Wirtschaftszone Japans eingedrungen seien. Das südkoreanische Präsidialamt berief Medienberichten zufolge eine Dringlichkeitssitzung ein (Reuters).

Automobile / Zulieferer

VW-Technikvorstand Thomas Schmall wünscht sich in Deutschland deutlich mehr Tempo bei **Reformen**. Technologisch sei Deutschland keineswegs abgehängt, sagt er im Vorfeld der Hannover Messe im Gespräch mit der *Deutschen Presse-Agentur*. Doch damit das auch wirtschaftlich zum Tragen komme, müsste sich der Standort schneller anpassen und die Rahmenbedingungen ändern.

Niedersachsens Ministerpräsident Olaf Lies spricht sich dafür aus, den **Bau von chinesischen Autos** in den **deutschen VW-Werken** zu prüfen. Man könne nicht verhindern, dass chinesische Autobauer verstärkt in den europäischen Markt drängen, sagte der SPD-Politiker der *"Neuen Osnabrücker Zeitung"*. Für ihn stehe aber auch im Fokus, die Beschäftigung in deutschen VW-Werken zu sichern und Produktionsstätten auszulasten. "Wir müssen für die Beschäftigten eine Antwort finden, wie das gelingen kann."

Chemie

Der Chemiekonzern **Wacker** hat im ersten Quartal infolge des Iran-Kriegs im Tagesgeschäft voraussichtlich mehr verdient als gedacht. Kunden hätten Bestellungen wegen des Kriegs vorgezogen, teilte Wacker Chemie überraschend am Freitagabend in München mit. Daher dürfte der operative Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) mit 173 Millionen Euro deutlich höher liegen als vom Unternehmen und von Branchenexperten prognostiziert. Für das Gesamtjahr hob Wacker nun zwar die Umsatzprognose etwas an. Der operative Gewinn soll aber wie geplant 550 bis 700 Millionen Euro erreichen (dpa/AFX).

Gesundheitswesen

Bayer hat im **Rechtsstreit** mit seinem US-Konkurrenten **Johnson & Johnson** wegen angeblich irreführender Werbung für ein Prostatakrebs-Medikament eine **Niederlage** erlitten. Ein Richter in Manhattan wies den Antrag des Leverkusener Pharmakonzerns auf ein Verbot per einstweiliger Verfügung am späten Freitagabend ab. Bayer wirft dem US-Konkurrenten vor, fälschlicherweise zu behaupten, dass dessen Medikament Erleada das Sterberisiko von Patienten im Vergleich zu Bayers Präparat Nubeqa um 51 Prozent senke. Dem Richter zufolge konnte Bayer jedoch nicht darlegen, dass die Klage in der Hauptsache voraussichtlich Aussicht auf Erfolg habe (Reuters).

Industrie

Zum Start der Hannover Messe hat die **Industrie** spürbare **Reformen** gefordert, um den **Standort Deutschland** zukunftsfest zu machen. "Es braucht jetzt einen großen Wurf, keine Flickschusterei", sagte Gunther Kegel, Präsident des Verbands der Elektro- und Digitalindustrie ZVEI, bei der Eröffnungsfeier der Messe, an der auch Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) teilnahm. Nötig, so Kegel, seien niedrigere Steuern, ein schlankerer Sozialstaat, Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und endlich ein spürbarer Bürokratieabbau (Reuters).

Öl & Gas

Die **USA** haben die **Ausnahmeregelung** für den **Kauf russischen Öls** auf dem Seewege bis zum 16. Mai verlängert. Dies geht aus einem Dokument des US-Finanzministeriums hervor. Damit will die Regierung von US-Präsident Donald Trump die während des Iran-Krieges gestiegenen Energiepreise unter Kontrolle halten (Reuters).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Beim deutsch-französischen **Kampfflugzeugprojekt FCAS** ist Insidern zufolge auf Ebene der Vermittler ein letzter Einigungsversuch gescheitert. Die Mediatoren hätten keine Einigkeit erzielt, berichtete das *"Handelsblatt"* am Samstag und berief sich auf mit den Verhandlungen vertraute Kreise. Nach Auffassung der deutschen Mediatoren sei habe man sich nicht auf ein gemeinsames Kampfflugzeug verständigen können, sagte ein Insider auch der Nachrichtenagentur Reuters. Es gebe zwei verschiedene Ergebnisberichte, sagten zwei Insider. Aus Kreisen der Bundesregierung hieß es, man werden in den nächsten Tagen, auch gemeinsam mit Frankreich, darüber beraten.



STEUBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

